

HELMUT KOHL UND DAS „C“

(aus: Stephan Eisel, Helmut Kohl – Nahaufnahme (3. Verb. Auflage) Bonn 2023)

Für Helmut Kohl war das „C“ immer das Fundament der CDU. Er hat sich nicht als Konservativer oder Liberaler bezeichnet. Sein Selbstverständnis kommt in dem zum Ausdruck, was er beispielsweise beim Wiesbadener CDU-Parteitag 1988 unter „lebhaftem Beifall“ der Delegierten sagte und oft wiederholte:

„Wir sind die Christlich Demokratische Union. Die meisten von uns sind in diese Partei gekommen, weil sie ihren Beitrag leisten wollen, aus christlicher Verantwortung unseren Staat und unsere Gesellschaft zu gestalten. Unsere Glaubensheimat sind unsere Kirchen. Das brauchen wir zwar nicht jeden Tag zu betonen. Aber im Alltag ist es wichtig, dass diejenigen, die mit uns gemeinsam in unseren Kirchen sind, auch spüren: dies ist unsere CDU. Es ist wichtig, dies immer wieder – nicht nur in Worten, sondern auch in Taten – deutlich zu machen.“

Es war auch Kohl, der gegen Widerstände einen ökumenischen Gottesdienst vor dem offiziellen Beginn von CDU-Bundesparteitagen einführte. Zugleich hat er sich immer dagegen gewehrt, dass dieser Auftakt durch Fernsehkameras während des Gottesdienstes als Medienereignis instrumentalisiert wurde. Seine Meinung dazu war klar: *„Ich mache mit einem Messebesuch keine Propaganda!“*

Im „C“ sah Helmut Kohl das wichtigste Fundament seines politischen Programms. Hier gründete Engagement für die Entwicklungspolitik, die für Helmut Kohl viel mehr war als Außenwirtschaftspolitik. Er sagte immer wieder, dass uns die Armut in den Ländern der Dritten Welt schon aus mitmenschlicher Solidarität nicht gleichgültig sein dürfe und hier eine besondere Verpflichtung für eine „C“-Partei liege. Deshalb setzte sich Kohl so nachdrücklich für den Schuldenerlass für die ärmsten Länder der Welt ein.

Kohl hat auch oft darüber gesprochen, dass der Begriff „*Schöpfung*“ sein Umweltverständnis sehr gut zum Ausdruck bringe. Besonders lag ihm das Thema Menschenrechte am Herzen, aber er wollte damit keine mediale Eigenwerbung betreiben. Ich habe selbst mehrfach erlebt, wie Kohl sich beispielsweise hinter den Kulissen massiv gegen die Apartheid in Südafrika und für die Freilassung von Nelson Mandela einsetzte und gegen die Unterdrückung der Juden in der Sowjetunion anging.

Kohl hatte hohe Achtung vor den Gewissensentscheidungen im Parlament. Zum Beispiel hat er die Kontroversen um die gesetzliche Regelung des Themas „Abtreibung“ nie zu persönlichen Loyalitätsvoten umdefiniert. Manche engere menschliche Beziehung, auch zu politischen Konkurrenten, hatte ihre Ursache im ähnlichen Umgang mit Gewissensfragen.

Besonders sei hier Willy Brandt genannt, mit dem Helmut Kohl sich heftige und sehr emotional aufgeladene politische Schlachten lieferte, zugleich aber ein von wechselseitigem Respekt geprägtes Verhältnis hatte. Als Willy Brandt im Bundestagswahlkampf 1972 in verschiedenen Flugblättern und Broschüren persönlich angegriffen wurde, weil er – unehelich geboren – nach

der Rückkehr aus dem norwegischen Exil statt seines Geburtsnamens Herbert Frahm seinen damaligen Decknamen Willy Brandt angenommen habe, hat Helmut Kohl als CDU-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz die Verteilung solcher Materialien gegen Brandt in seinem Landesverband unterbunden. Als er ein Jahr später Bundesvorsitzender wurde, lies er solche Materialien einstampfen.

Sehr deutlich kam das religiöse Fundament von Helmut Kohls Politikverständnis in der Rede zum Ausdruck, die er nach dem Tod von Uwe Barschel beim Bonner CDU-Parteitag am 9. November 1987 gehalten hat. Wir haben damals als Redenschreiber lange mit ihm darüber gesprochen, wie er dazu Stellung nehmen solle, und die entsprechenden Passagen der Parteitagsrede waren ihm sehr wichtig. Die Rede Kohls bei diesem Parteitag gehört wohl zu den ungewöhnlichsten und nachdenklichsten Reden eines Parteivorsitzenden:

„Unser Alltag wird in diesen Wochen von dem überschattet, was sich in Kiel zugetragen hat. Wir sind noch weit davon entfernt zu wissen, was im Einzelnen tatsächlich war. Aber auch wenn wir es wissen, werden wir, so glaube ich, ratlos vor dem, was sich hier vor uns aufgetan hat. Der heilige Augustinus, der zu großer Selbsterkenntnis gekommen ist, sagte einmal im Hinblick auf sich selbst und auf die Erfahrung des Menschen: „Welch schauerlich Geheimnis, mein Gott, welch tiefe, uferlose Fülle! Und das ist die Seele, das bin ich selbst? Was bin ich also, mein Gott?“

Die Fragwürdigkeit menschlichen Handelns ist hier in den Blick gekommen. Wir verlangen nach Wahrheit, nach rückhaltloser Aufklärung dieser Affäre. Sie soll und sie muss auch erfolgen. Doch wenn diese Aufklärung nicht folgenlos bleiben soll, so muss sie uns zu jener Wahrheit führen, die Augustinus mit dem Wort ausgesprochen hat: wir Menschen tragen einen Abgrund in uns. Je mehr Macht den Menschen gegeben ist, desto größer ist die Gefahr. Dies trifft wahrlich nicht nur auf Politiker zu, dies betrifft alle, ob in der Publizistik, der Wirtschaft, in den Gewerkschaften, in den Kirchen.

Haben wir nun Grund zur Resignation? Wir hätten Grund, wenn wir versuchten, der Wahrheit aus dem Wege zu gehen. Aber als Christen wissen wir, dass dort, wo der Mensch sich zur Wahrheit bekennt, auch wenn sie schmerzhaft ist, nicht nur Vergebung, sondern immer auch neues Vertrauen möglich wird. Wir haben als Menschen nicht nur eine Vergangenheit zu bewältigen, die von den Generationen vor uns gemacht wurde, sondern haben uns auch zu der Geschichte zu bekennen, die wir selbst geschrieben haben. Je klarer wir dies tun, desto eher kann jene Solidarität erwachsen, ohne die keine und ganz gewiss nicht unsere Partei existieren kann, ohne die menschliche Gemeinschaft nicht denkbar ist. ...

Im politischen Leben einer Demokratie muss es auch harte Auseinandersetzungen geben. Aber zwischen Demokraten darf es kein Freund-Feind-Verhältnis geben, und ganz gewiss gilt der Satz, dass auch in der Politik der Zweck nicht die Mittel heiligt. Macht gehört zur politischen Gestaltung der Demokratie, aber sie ist nicht Selbstzweck, und sie lohnt schon gar nicht jeden Preis. Wir alle sind dafür verantwortlich, dass unsere Demokratie nicht Schaden leidet.“